

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-1984

06.03.1984 - Zu Drucksache 11/105

Bericht des Haushaltsausschusses zu den Ergänzungsvorlagen für die Haushaltsentwürfe 1984 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Gliederung

1. Entwicklung
2. Ausgleichskonzept des Senats
3. Verpflichtungsermächtigungen
4. Finanzwirtschaftliche Daten
 - 4.1 volkswirtschaftliche Gesamtausgaben
 - 4.2 Verhältnis zwischen Nettokreditaufnahme und Investitionsausgaben
5. Abschließende Bemerkungen

Anlage 1: Einnahmen nach Finanzplanschema

Anlage 2: Ausgaben nach Finanzplanschema

1. Entwicklung

Der Haushaltsausschuß hatte sich wegen der Größenordnung der Deckungslücke in den Haushaltsentwürfen 1984 außerstande gesehen, Einzelkürzungen mit dem Ziel ausgeglichener Haushaltsentwürfe vorzunehmen. Aus diesem Grunde wurden in die der Bürgerschaft bereits zugeleiteten Haushaltsentwürfe 1984 Minderausgaben von insgesamt rd. 254,5 Mio DM aufgenommen, um zunächst formal dem Erfordernis zur Vorlage ausgeglichener Haushaltsentwürfe Rechnung zu tragen.

Dieses Verfahren wurde gewählt, weil mit dem Senat vereinbart worden war, daß dieser zwischenzeitlich ein Ausgleichskonzept mit dem Ziel der Auflösung der z. Z. veranschlagten Minderausgaben erarbeitet.

2. Ausgleichskonzept des Senats

a) Allgemeines

Der Senat hat inzwischen ein Ausgleichskonzept für 1984 sowie für die Planungsjahre 1985 bis 1987 beschlossen.

Insgesamt ergibt sich hieraus für 1984 nach Umsetzung durch die Ressorts folgendes Ergebnis (Haushaltsverschlechterung = $\%$, Haushaltsverbesserung = +):

veranschlagte Minderausgaben der Haushaltsentwürfe 1984:	$\%$ 254,5 Mio DM
— Beschlüsse zum Personalhaushalt	+ 13,2 Mio DM
— Beschlüsse zum Sachhaushalt ¹⁾	+ 28,3 Mio DM
— Beschlüsse zum Investitionsprogramm ²⁾	$\%$ 32,7 Mio DM
— weitere Aufstockung der Sozialhilfeausgaben	$\%$ 17,7 Mio DM
— Aktivierung von Vermögenswerten	+ 100,0 Mio DM
— Erhöhung der Kreditaufnahme	+ 163,4 Mio DM
	ausgeglichen

¹⁾ lfd. Einnahmen und lfd. Ausgaben

²⁾ netto

Der Senatsentscheidung lagen eine Fülle aufgabenkritischer Vorschläge zugrunde, über deren Realisierung die Ressorts im Vollzug der vom Senat beschlossenen Kürzungsbeträge zu entscheiden hatten. Die Realisierung der Senatsbeschlüsse durch die Ressorts ergibt sich im einzelnen aus den begleitenden Ergänzungsvorlagen für den Landes- und den Stadthaushalt. Für den Personalhaushalt wird im übrigen auf Buchstabe b) hingewiesen. Soweit aufgrund des Ausgleichskonzeptes gesetzliche Änderungen notwendig sind, werden diese der Bürgerschaft im Rahmen eines Haushaltsbegleitgesetzes parallel vorgelegt.

b) Beschlüsse zum Personalhaushalt

Die Beschlüsse des Senats sehen den Fortfall von rd. 1660 Stellen im Zeitraum 1984 bis 1987 vor. Der Personalabbau ist abhängig von der Fluktuation; für das Jahr 1984 wird der Fortfall von rd. 400 Stellen unterstellt. Der Senat hat den einzelnen Ressorts nach aufgabenkritischer Prüfung bestimmte Kürzungsquoten aufgegeben. Über die Realisierung im einzelnen (insbes. welche Aufgaben in welchem Jahr abgebaut werden) ist jedoch von den Ressorts zu entscheiden. Durch den Stellenabbau und die Einsparung von sonstigen Personalausgaben soll im Jahre 1984 eine Einsparung von 13,2 Mio DM erreicht werden. Im Rahmen der begleitenden Ergänzungsvorlage werden in entsprechendem Umfang Minderausgaben ausgewiesen, die im Vollzug der Haushalte zu realisieren sind.

Die nach der bisherigen Finanzplanung bis 1987 vorgesehene Einsparung von rd. 660 Lehrerstellen und rd. 480 Stellen für Raumpflegerinnen ist in den vorliegenden Haushaltsentwürfen hinsichtlich des Jahresanteils 1984 bereits als Personalminderausgabe berücksichtigt.

c) Beschlüsse zum Sachhaushalt

Die Realisierung der Beschlüsse zum Sachhaushalt ergibt sich aus den begleitenden Ergänzungsvorlagen.

Lediglich für die ressortübergreifenden Beschlüsse wurde eine Minderausgabe in Höhe von 0,18 Mio DM eingesetzt, die im Vollzug der Haushalte zu realisieren sein wird.

d) Beschlüsse zum Investitionsprogramm

Die Beschlüsse des Senats verfolgten das Ziel

- den Fonds für beschäftigungswirksame Maßnahmen durch Umschichtung zu verstärken
- die Mittel prioritätengerecht aufzuteilen.

Im Rahmen der Umschichtung des Landes konnten die Mittel des Fonds für beschäftigungswirksame Maßnahmen für 1984 von ursprünglich 10 Mio DM auf 54 Mio DM erhöht werden.

Die Ergänzungsvorlagen enthalten folgende Maßnahmen:

— Dringlichkeitsprogramm zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel	1,8 Mio DM
— Werften	20,0 Mio DM
— Stahlstruktur	10,0 Mio DM
— Auftragshilfen Schiffbau	7,2 Mio DM
— Sonderprogramm GRW	
— Infrastruktur	10,0 Mio DM
— 6,25 %ige Investitionszuschüsse	5,0 Mio DM
	insgesamt 54,0 Mio DM
	54,0 Mio DM

Für Beiratsmittel wurde ein Anschlag von 1 Mio DM eingeplant.

e) Weitere Aufstockung der Sozialhilfeausgaben

Der Haushaltsausschuß hatte im Rahmen seiner Beratungen die Ausgaben für Sozialhilfe aufgrund der seinerzeit absehbaren Entwicklung bereits um 20 Mio DM erhöht.

Aufgrund des Jahresergebnisses für 1983, das mit rd. 41 Mio DM über den Haushaltsanschlägen 1983 lag, sah sich der Senat veranlaßt, eine weitere Aufstockung um 17,7 Mio DM vorzunehmen. Die Umsetzung dieses Betrages auf die einzelnen Hilfearten ist Bestandteil der Ergänzungsvorlage.

f) Aktivierung von Vermögenswerten

Dem Senatskonzept liegt als Zielgröße aus der Verwertung bremischen Vermögens für das Haushaltsjahr 1984 ein Betrag von 100 Mio DM zugrunde. Zusammen mit dem in den vorliegenden Haushaltsentwürfen bereits enthaltenen Anschlag für Vermögensverwertung in Höhe von 85 Mio DM ist somit über ein Volumen von 185 Mio DM zu entscheiden. Zur Realisierung dieses Anschlages wird der Senat der Bremischen Bürgerschaft zu gegebener Zeit Vorschläge unterbreiten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt (Art. 101 Nr. 6 der LV).

g) Erhöhung der Kreditaufnahme

Nach dem Senatskonzept wird eine Erhöhung der Kreditaufnahme um 163,4 Mio DM vorgeschlagen. Diese Kreditausweitung muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß sich die Ausgleichsbeschlüsse in vollem Umfange erst in den Folgejahren auswirken.

Dieses wird durch die mittelfristigen Ergebnisse deutlich:

	1985	1986	1987
	— Mio DM —		
Beschlüsse zum Sachhaushalt	67,0	97,6	107,3
Beschlüsse zum Personalhaushalt	39,8	68,3	93,8
Zusammen	106,8	165,9	201,1

Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Kreditaufnahme und Investitionsausgaben vergleiche Nr. 4.2.

3. Verpflichtungsermächtigungen

Im Zusammenhang mit der Prioritätensetzung des Senats zum Investitionsprogramm sind weitere VE-Anschläge notwendig geworden. Insgesamt sind über die bereits veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen von rd. 442 Mio DM hinaus in der Ergänzungsvorlage weitere VE-Anschläge von insgesamt 96,1 Mio DM vorgesehen. Hiervon entfallen allein auf das Sonderprogramm GRW 70 Mio DM.

4. Finanzwirtschaftliche Daten

4.1 volkswirtschaftliche Gesamtausgaben

Die volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben betragen unter

Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage	4 571,8 Mio DM
Vergleichszahl 1983 (Ist vor endg. Abschluß)	4 435,7 Mio DM
mehr in 1984	136,1 Mio DM

oder 3,1 v.H.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den Anlagen 1 und 2.

4.2 Verhältnis zwischen Nettokreditaufnahme und Investitionsausgaben

(§ 18 LHO)

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Erhöhung der Nettokreditaufnahme (+ 163,4 Mio DM) weisen die Haushaltsentwürfe 1984 insgesamt eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 683,4 Mio DM aus.

Demgegenüber betragen die Investitionsausgaben einschl. des Ausgleichskonzepts rd. 660 Mio DM.

Damit liegt die Nettokreditaufnahme um rd. 24 Mio DM über der Summe der Investitionsausgaben.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen unseres Wirtschaftsraumes sind auch im Haushaltsjahr 1984 die Voraussetzungen für die Ausnahme von der Regelgrenze des § 18 Abs. 1 LHO gegeben.

5. Abschließende Bemerkungen

Bereits mit dem vorangegangenen Bericht des Haushaltsausschusses wurde darauf hingewiesen, daß die stark eingeeengten Handlungsspielräume der bremischen Haushalte keine Mittel zur Finanzierung bestehender Risiken enthalten.

Der Haushaltsausschuß hält es deshalb für unabdingbar, daß alle mit dem Vollzug der Haushalte befaßten Stellen im Rahmen ihrer Kompetenzen dazu beitragen, daß die veranschlagten Einnahmen erzielt, die Ausgabeanschlüsse nicht überschritten und die Risiken weitgehend begrenzt werden.

Bremen, den 2. März 1984

Der Haushaltsausschuß der Finanzdeputation

Thape, Barsuhn, Kiene, Klein, Polley, Dr. Sieling, Stäcker, Dr. Weichelt (für Klatt)

Der Bericht wurde mit den Stimmen der Mitglieder der SPD gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU beschlossen. Über die inhaltliche Ablehnung hinaus beanstandeten die Mitglieder der CDU — wie bereits im vorhergehenden Bericht — das mit der sog. Nachschiebevorlage in Zusammenhang stehende Verfahren.

Die Finanzdeputation tritt dem vorstehenden Bericht mit Mehrheit bei; sie hat die Haushaltspläne gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU beschlossen.

Bremen, den 2. März 1984

Der Vorsitzende der Finanzdeputation

Thape

Der Senator für Finanzen

Einnahmen
Land und Stadtgemeinde Bremen

Anlage 1

Einnahmeart	Ist 1982	vorauss. Ist *) 1983	Entwurf 1984
	– in Mio DM –		
1. Einnahmen der laufenden Rechnung	3.321,3	3.373,7	3.515,9
1.1 Steuern	2.283,6	2.317,9	2.426,1
1.2 Steuerähnliche Abgaben	18,1	22,6	25,5
1.3 Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	160,2	154,7	176,4
1.4 Zinseinnahmen	38,7	30,2	16,5
1.5 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	570,9	579,2	590,2
vom Bund	182,8	168,3	144,4
von Ländern			
Länderfinanzausgleich	241,9	249,9	290,0
Übrige	1,8	2,9	2,2
von der Stadtgemeinde Bremerhaven	1,7	2,5	1,7
von Sonstigen	142,7	155,6	151,9
1.6 Schuldendiensthilfen	2,3	1,0	1,0
1.7 Sonstige Einnahmen der lfd. Rechnung	247,5	268,7	280,2
Gebühren, sonstige Entgelte	207,7	223,3	249,5
Übrige	39,8	45,4	30,7
2. Einnahmen der Kapitalrechnung	319,9	288,9	372,2
2.1 Veräußerung von Sachvermögen	18,0	28,0	11,1
2.2 Vermögensübertragungen	112,5	100,9	128,9
Zuweisungen für Investitionen			
von der Stadtgemeinde Bremerhaven	1,8	3,1	1,1
Übrige Zuweisungen für Investitionen	86,6	69,7	99,6
Zuschüsse für Investitionen	24,0	28,0	28,2
Sonstige Vermögensübertragungen	0,1	0,1	–
2.3 Darlehensrückflüsse	65,6	70,1	31,7
2.4 Veräußerung von Beteiligungen u. dgl.	100,0	67,0	185,0
2.5 Schuldenaufnahme bei Verwaltungen	23,8	22,9	15,5
3. Globale Mehr- und Mindereinnahmen	–	–	–
4. Volkswirtschaftliche Gesamteinnahmen	3.641,2	3.662,6	3.888,1
5. Besondere Finanzierungsvorgänge	1.630,0	1.577,2	1.735,8
5.1 Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	1.607,0	1.559,0	1.733,9
5.2 Entnahmen aus Rücklagen	23,0	18,2	1,9
5.3 Überschüsse aus Vorjahren	–	–	–
6. Verrechnungen und Erstattungen	1.200,9	1.227,1	1.196,8
7. Gesamteinnahmen – brutto – (= Abschlußsumme Haushalt)	6.472,1	6.466,9	6.820,7

*) Stand: 5.2.1984

Ausgaben
Land und Stadtgemeinde Bremen

Anlage 2

Ausgabeart	Ist 1982	vorauss. Ist *) 1983	Entwurf 1984
	– in Mio DM –		
1. Ausgaben der laufenden Rechnung	3.758,6	3.872,3	3.905,4
1.1 Personalausgaben	1.745,4	1.782,6	1.781,5
1.2 Laufender Sachaufwand	603,3	663,8	644,8
Sächliche Verwaltungsausgaben	356,5	371,6	361,5
Erstattungen an andere Bereiche	209,3	229,8	241,5
Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke	37,5	62,4	41,8
1.3 Zinsausgaben	520,4	592,2	636,5
1.4 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	866,7	818,7	830,8
an die Stadtgemeinde Bremerhaven	257,2	261,3	270,4
an sonstige Verwaltungen (insbes. Bund, LAF)	17,6	18,6	17,6
an Unternehmen	128,3	88,6	71,9
Renten und Unterstützungen u.ä.	415,4	422,3	424,5
Sonstige	48,2	27,9	46,4
1.5 Schuldendiensthilfen	22,8	15,0	11,8
2. Ausgaben der Kapitalrechnung	586,7	563,4	666,8
2.1 Sachinvestitionen	340,1	318,2	402,2
Baumaßnahmen	279,8	238,3	361,9
Erwerb von unbeweglichen Sachen	32,0	39,1	12,6
Erwerb von beweglichen Sachen	28,3	40,8	27,7
2.2 Vermögensübertragungen	118,7	120,6	179,1
Zuweisungen für Investitionen			
an die Stadtgemeinde Bremerhaven	18,5	26,4	18,7
Übrige Zuweisungen für Investitionen	8,9	5,7	4,2
Zuschüsse für Investitionen	91,3	88,5	156,2
Sonstige Vermögensübertragungen	-	-	-
2.3 Darlehen	116,6	103,4	68,2
2.4 Erwerb von Beteiligungen	2,6	12,6	10,0
2.5 Tilgungsausgaben an Verwaltungen	8,7	8,6	7,3
3. Globale Mehr- und Minderausgaben	-	-	./. 0,4
4. Volkswirtschaftliche Gesamtausgaben	4.345,3	4.435,7	4.571,8
5. Besondere Finanzierungsvorgänge	913,9	887,6	1.052,1
5.1 Schuldentilgung (Kreditmarkt)	895,6	883,2	1.050,5
5.2 Zuführung an Rücklagen	18,3	4,4	1,6
5.3 Fehlbeträge aus Vorjahren	-	-	-
6. Verrechnungen und Erstattungen	1.200,8	1.227,1	1.196,8
7. Gesamtausgaben – brutto – (= Abschlußsumme Haushalt)	6.460,0	6.550,4	6.820,7

*) Stand: 5.2.1984



